

7/2- 18. 06. 1968

Lu  
st:  
ei  
m  
Bi  
pi

# Keine Einigung über den Haushalt

## Nackenheim: SPD und Freie Liste verließen die öffentliche Sitzung / Die Frist ist jetzt abgelaufen

**Nackenheim.** Die der Gemeinde vom Landratsamt als Aufsichtsbehörde gesetzte Frist, bis zum 15. Juni einen ausgeglichenen Haushaltsplan für 1969 vorzulegen, ist abgelaufen. Auch in der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung konnten sich die Ratsmitglieder nicht über den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf einigen. Als Ratsmitglieder der Freien Liste und der SPD die öffentliche Sitzung verlassen, war das Gremium nicht mehr beschlußfähig. Die Sitzung wird am Freitag, 21. Juni, wiederholt.

In der Sitzung beschuldigten sich die Gemeindevertreter von CDU, SPD und Freier Liste wieder gegenseitig, die Finanzmisere verschuldet zu haben. Zwei-

ter Beigeordneter Karl Otto Usinger, der die Sitzung leitete, bedauerte, daß die Gemeinderatsmitglieder in dieser schwierigen Situation ihrer Pflicht gegenüber der Selbstverwaltung nicht gerecht würden. Die Gemeindekasse sei nun auch weiterhin nicht in der Lage, Mittel für Bauvorhaben oder sonstige Geschäfte anzuweisen.

Bei den Beratungen führte CDU-Ratsmitglied Franz-Josef Bernard aus, man habe bei den Haushaltsansätzen die Realitäten nicht berücksichtigt. Der Fehlbetrag im Etat sei mit 67 000 DM zu gering. Für den Ausbau des Bürgersteiges in der Mainzer Straße erwarte man auf der Einnahmenseite 10 000 Mark zuzügl. Außerdem müsse man mit einem Heizölverbrauch für die neue Schule in Höhe von mindestens 14 000 Mark rechnen. Die vorgesehenen 10 000 Mark reichten nach Ansicht der CDU-Fraktion nicht aus. Ebenso komme man mit 1500 Mark für die Zinstilgung nicht aus. Er schlug vor, hierfür 6000 Mark vorzusehen. Bernard wandte sich gegen eine Rückzahlung der Kosten für den Ausbau der Weinbergstraße sowie einem Teilstück der Königsberger Straße an die Kapselabriken. Der Ausbau sei niemals vom Gemeinderat beschlossen worden. Auch bei dieser Position könne man rund 15 000 Mark einsparen.

Der Sprecher der Freien Liste, Ratsmitglied Gabel, forderte die Reduzierung der Prozeßkosten um 500 Mark. Die Gelder sollten als Beihilfen für den DRK sowie den DLRG-Ortsverband gezahlt werden. Er begrüßte die Zuwendungen für den Kindergarten in Höhe von 8000 Mark sowie für die Gemeindegewerkschaft von 7000 Mark. Für die Anschaffung des dringend erforderlichen neuen Löschfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr schlug er vor, den Betrag von 6000 Mark aus der Jagdpachtrücklage zu entnehmen. Beigeordneter Usinger widersprach dem Plan und führte aus, die Jagdpachtrücklage sei zweckgebunden angelegt, und würde zur Senkung der Kosten für den Wirtschaftswegebau verwandt. Bei der Neuanschaffung des Fahrzeugs erhalte die Gemeinde einen verloreneren Zuschuß von 22 000 Mark, die Gemeinde wolle 6000 Mark aufbringen. Der Anschaffungspreis betrage rund 30 000 Mark.

Ratsmitglied Josef Gabel wandte sich gegen Berichte, wonach die Gemeinde verschuldet sei. Dem Gemeindevermögen von rund fünf Millionen stünden an echten Schulden nur 1,1 Millionen gegenüber. Die CDU widersprach dieser Ansicht und führte aus, daß man den Wert

des Vermögens nicht den Schulden gegenüberstellen könne, da man die Anlagen niemals verkaufen könne.

Alfred Junker, Freie Liste, warf der CDU vor, wegen der bevorstehenden Wahl nicht den Vorauszahlungen für die Kanalisation zuzustimmen. Die CDU wandte sich gegen diese Behauptung und betonte, sie lasse sich mit solchen Ausführungen nicht unter Druck setzen.

Rudolf Scholz erklärte, man sollte gegenüber dem größten Steuerzahler keine voreiligen Beschlüsse fassen, und die von der CDU geforderte Streichung der Kosten für den teilweisen Ausbau der Weinbergstraße nicht vornehmen.

Scholz beantragte hierauf, die Sitzung zu vertagen. Der Antrag wurde mit 9:8 Stimmen abgelehnt. Hierauf verließen die Vertreter der Freien Liste sowie der SPD-Fraktion den Sitzungssaal. Zuvor kam es noch zu zahlreichen Rededuellen wegen der Verwendung der Jagdpacht sowie um die gesamte finanzielle Lage der Gemeinde.

Einstimmig lehnten die Ratsmitglieder zu Beginn der Sitzung die Übernahme von Wegen und Bächen als Gemeindeeigentum ab, da die Baumaßnahmen noch nicht restlos abgeschlossen seien. Zum Nachfolger von Obervermessungsrat Kiel wurde einstimmig Vermessungsrat Schenk als Vorsitzender für den Umlegungsausschuß bestimmt. In diesem Zusammenhang stellte Franz-Josef Bernard den Antrag, die Verwaltung möge das Kreisbauamt veranlassen, daß der Bebauungsplan für das Baugebiet II unverzüglich der Gemeindevertretung zur Verabschiedung vorgelegt wird.

Verantwortlich für den Landkreis Mainz:

*Arck. J. Ollig*